

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	450
		TOP:	24
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	27.10.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Maier		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Herr Dr. Stadler (AföO)		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Verweilverbote Marienplatz, Feuersee und Max-Eyth-See - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Zu Beginn wird von BM Dr. Maier zu den im vergangenen Sommer ausgesprochenen Verweilverboten vorgetragen, nach Entspannung der Pandemielage habe sich in der Stadt, bevor die Clubs wieder geöffnet haben, ein erhebliches Besucheraufkommen ergeben, deutlich mehr als in zurückliegenden Jahren. Zuletzt seien im September Konzentrationen am Feuersee sowie am Marienplatz entstanden. Dies habe dort für die Anwohner zu unerträglichen Verhältnissen geführt. Einerseits gebe es die Interessen der jungen Gäste, diese wollten die Abende genießen, andererseits wollten die Anwohner irgendwann schlafen gehen, im Sommer gerne auch bei offenem Fenster. Beides sei nicht immer so wie wünschenswert zusammengegangen.

Die Frage sei gewesen, wie mit diesem klassischen Interessens-/Nutzungskonflikt umgegangen werde. Seitens der Verwaltung sei eine vorsichtige, zurückhaltende Vorgehensweise versucht worden. Mit den jeweiligen Bezirksvorstehern, denen die Situation vor Ort am besten bekannt sei, habe man eine enge Kommunikation/einen engen Schulterschluss gesucht, und erst nach erfolgten Abstimmungen habe man die entsprechenden Maßnahmen ergriffen. Im Wesentlichen seien zwei Plätze für zwei, drei Abende ab 24:00 Uhr gesperrt worden. Vor 24:00 Uhr sei das, was sonst erlaubt war, möglich gewesen. Angesichts der vielen Plätze, auf denen man sich in Stuttgart aufhalten könne, sei dieses Handeln durchaus zurückhaltend gewesen.

In der Folge wird die Thematik "Verweilverbote am Feuersee, Marienplatz und Max-Eyth-See" durch Herrn Dr. Stadler (AföO) im Sinne der Präsentation erläutert. Seine Ausführungen sind nachstehend im überarbeiteten Wortlaut wiedergegeben:

"Zur Einstimmung möchte ich Ihnen zwei Bilder zeigen: Rechts sehen Sie den Feuersee, wie er nicht unbedingt aussehen sollte, wie er einfach übernutzt ist. Links sehen Sie den Marienplatz am Tag danach, an einem Sonntagmorgen, mit den ganzen Hinterlassenschaften. Vor allem die Glasscherben sind eben besonders kritisch.

Welche Ausgangslage hatten wir? Wir hatten das Ende des Lockdown im Mai und gleichzeitig das Einsetzen milder Temperaturen. Dies hat dazu geführt, dass wir mehrere Hundert Personen am Feuersee und fast 1.000 Personen am Marienplatz hatten. In der Innenstadt ergab sich dieselbe Situation; ich möchte den Blick auch etwas über den Feuersee, den Marienplatz und den Max-Eyth-See lenken. Das Problem war die Vielzahl der Personen und ein exzessiver Konsum von Alkohol dieser Personen, sodass ab 23:00 oder 24:00 Uhr spätestens die Stimmung gekippt ist und es zu den alkoholbedingten Exzessen kam, vor allem zu massiver Lärmbelästigung bis in die frühen Morgenstunden.

Die Plätze sahen furchtbar vermüllt aus, Sie haben das gerade gesehen. Es war laut, vor allem am Feuersee. Das war für mich so der herausragende Platz, wo man was tun musste, weil da die Anwohner direkt angrenzen. Die Hauseingänge und die Hinterhöfe wurden in übelster Form als Toiletten missbraucht.

Beim Max-Eyth-See, deswegen erwähnen wir den besonders, gab es wiederholte Facebook-Partys mit bis zu 2.500 Teilnehmern. Während an anderen Plätzen einfach Zulauf war, war das beim Max-Eyth-See deswegen so, weil dazu im Internet aufgerufen wurde.

Welche Belange galt es für uns zu schützen? Ich habe es gerade schon erwähnt, vor allem am Feuersee waren das die Anwohner, die vor Belästigungen zu schützen waren, vor dem massiven Lärm bis tief in die Nacht hinein. Es gab zahlreiche Ordnungswidrigkeiten und Straftaten.

Wichtig war uns, die Zweckbestimmungen der Plätze und die Nutzungsregelungen für die Plätze, die der Gemeinderat erlassen, zu wahren, umzusetzen und zu sichern. Diese Zweckbestimmungen und Nutzungsregelungen ergeben sich zum einen aus der Widmung der öffentlichen Plätze, aus der Grünflächensatzung und aus der Straßen- und Anlagen-Polizeiverordnung.

Welche Maßnahmen haben wir ergriffen? Wir haben zunächst begonnen, mit einer erhöhten Präsenz von Polizei und städtischem Vollzugsdienst (SVD) die Leute anzusprechen, vor allem die Einzelpersonen, die über die Stränge schlugen. Da hat sich aber relativ schnell gezeigt, dass man mit dem Kräfteansatz und mit diesem Maßnahmenansatz angesichts der hohen Besucherzahl und auch des zunehmend hohen Alkoholpegels mit fortschreitender Stunde nicht wirklich eine Verhaltensänderung erreichen kann. Deswegen haben wir ein ganzes Maßnahmenbündel getroffen, das ich Ihnen versucht habe in diesem Schaubild mal darzustellen. Zentral ist, wonach Sie auch gefragt haben, das Verweilverbot. Da will ich kurz auf den Begriff eingehen. Wir haben gestartet mit

einem Aufenthaltsverbot. Aber das Aufenthaltsverbot ist zum einen ein polizeirechtlich definierter Begriff. Und wir wollten auch bewusst nicht den kompletten Aufenthalt untersagen, sondern nur das dauerhafte Verweilen von bestimmten Gruppen, d. h. das Passieren des Platzes, das Erreichen von Gastronomie, die am Platz liegt usw. war immer weiterhin möglich. Am Marienplatz gibt es auch einen Abgang zur Stadtbahn, auch der war immer erreichbar.

Dass ich Ihnen die Maßnahmen dargestellt habe, soll Ihnen auch zeigen, dass es im Prinzip eine Ultima Ratio war, also wir mussten handeln. Andere, gleich taugliche Möglichkeiten haben wir nicht mehr gesehen. Wir haben versucht, insofern verhältnismäßig zu sein, als wir es zeitlich und räumlich eng begrenzt haben. Gestartet wurde mit der Sperrung der Freitreppe zum Kleinen Schlossplatz am 28.05.2021 für vier Wochen. Das ist zwar nicht direkt, wonach Sie gefragt haben, aber für mich gehört das in dieses Maßnahmenbündel rein. Die Sperrung ist erfolgt über eine verkehrsrechtliche Anordnung. Die Grundlage war, dass damals noch das Alkoholverbot aus der Coronaverordnung galt und das Feierpublikum diese Tribünensituation genutzt hat, um die Polizei zu provozieren. Dies war eine kleinteilige, eine genau zugeschnittene Maßnahme.

Das Verweilverbot selber haben wir dann am 27.06.2021 erstmals für Feuersee und Marienplatz ausgesprochen, zunächst mal für eine Woche. Dann haben wir es für zwei Wochen und schlussendlich bis zum 12.09.2021 ausgesprochen, also bis zum Ende der Ferien. Es galt jeweils in der Nacht von Samstag auf Sonntag ab Mitternacht, d. h. bis 24:00 Uhr war die Nutzung des Platzes möglich, und erst dann, sozusagen auch im Hintergrund habend immer die Nachtruheinteressen der Anwohner, haben wir das Verweilen verboten.

Beim Max-Eyth-See, wie gesagt, war es eine Sondersituation, weil es diese Facebook-Partys gab, da haben wir das einmal gemacht am 18.09.2021, nachdem wir zwei Wochen Aufrufe hatten. Wir hatten im Juni eine Facebook-Party, danach war es über Wochen ruhig, sodass wir da keinen Handlungsbedarf mehr hatten. Und dann gab es aber an zwei Wochenenden hintereinander Facebook-Partys mit 1.000 und 2.500 Personen. Dann haben wir am dritten Wochenende der Aufrufe sozusagen gehandelt und ein Verweilverbot für den Max-Eyth-See erlassen. Dieses galt ab 20:00 Uhr.

Wichtig ist, dass es ein ganzes Maßnahmenbündel war. Neben dem Verbot des Verweilens war die Beleuchtung ein Thema, vor allem an der Freitreppe am Kleinen Schlossplatz konnten wir die Beleuchtung etwas hochfahren. Und beim Max-Eyth-See haben wir die Grünflächen, die Party-Location sozusagen, komplett ausgeleuchtet mit Leuchtmasten, um einfach das Verweilen ungemütlich zu machen. Das beruht auf der Erfahrung im oberen Schlossgarten, wo das Land in Zusammenarbeit mit uns die Beleuchtung so verbessert hat, dass die Polizei die Beleuchtung deutlich hochfahren kann, um die Aufenthaltsqualität ungemütlicher zu machen und Maßnahmen besser durchführen zu können.

Was ich mit Bespielung der Plätze und Veranstaltungen meine, das sind zum einen Sportgeräte oder Dinge, die man auf dem Platz aufstellt. Da gab es als Versuch Fitnessgeräte und Straßenmusik/kleine Konzerte auf dem Kleinen Schlossplatz, oder gastronomische Veranstaltungen wie dem Genussplätzle von Pro Stuttgart. Die Rosenau

hat z. B. am Feuersee ein Open-Air-Format gemacht mit einer kleinen schwimmenden Bühne und Ohrstöpseln, sodass man also ohne Lautsprecher über Funk zuhören konnte. Solche Angebote tragen zu einer dort gewünschten Nutzung bei.

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) war stark tätig mit zusätzlichen Toiletten, und es gab zusätzliches Sicherheitspersonal. Die Reinigungsintervalle wurden erhöht (eine zusätzliche Reinigung am Sonntagmorgen), und es wurde ein Bereitschaftsdienst eingerichtet, der sozusagen von der Polizei oder den Bezirksvorstehern abrufbar war, mit zahlreichen Personen und auch einer Kehrmaschine, sodass man schnell, wenn es besonders vermüllt war, eingreifen konnte.

Es gab, sozusagen nicht als ordnungsrechtliche Maßnahme, die Mobile Jugendarbeit, ganz wichtig, die tatsächlich später auch mit einem Bus vor Ort waren 8 bis 10 Mann hoch, und die Respektlotsen, was etwas Ähnliches ist, ein Format, wo Freiwillige, die auch die Altersgruppe repräsentieren, die man ansprechen soll. Diese gehen auf die Leute zu und versuchen, ihnen Respekt nahezubringen.

Wir haben uns bemüht, den Alkoholverkauf zu beschränken. Das war vor allem am Marienplatz ein Punkt. Da gibt es einen Rewe, der wirklich ultimativ der Nahversorgung der Feiernden dient. Vor diesem Markt waren Menschenschlangen ohne Ende. Wir sind auf Rewe zugegangen, haben gebeten, leider ohne Erfolg, ab 22.00 Uhr zumindest keinen Alkohol mehr zu verkaufen. Sie erinnern sich vielleicht, vor 8, 9 Jahren gab es im Ladenöffnungsgesetz ein Alkoholverkaufsverbot ab 22:00 Uhr für alle Ladengeschäfte. Diesbezüglich hat sich Herr BM Dr. Maier bemüht, ist auch auf den Innenminister und auf den Städtetag zugegangen, ob man das nicht wiedereinführen kann. Aus meiner Erfahrung heraus hat das damals durchaus gewirkt, wurde aber dann aufgehoben, und im Gegenzug gab es eine Möglichkeit im Polizeigesetz, Alkoholkonsumverbotszonen auszuweisen. Das ist aber eher ein Papiertiger, weil da die Anforderungen sehr hoch sind.

Ganz wichtig ist die Polizei, die natürlich unser zentraler Partner ist, weil die Polizei das durchsetzen muss, was wir verfügen. Die Polizei hat dann in Abstimmung mit uns einen höheren Kräfteansatz gefahren, war also einfach präsenter an den Plätzen. Die Videoüberwachung möchte ich zumindest mit erwähnen, weil sie in der Innenstadt für den Kleinen Schlossplatz und für den Schlossplatz beigetragen hat, die Auswirkungen etwas zu mildern. Und die Polizei hat auch junge Beamte eingesetzt, das steckt hinter dem Begriff Peer Groups, junge Beamte, die nicht in Uniform waren, die einfach leichter mit den Leuten in Kontakt kommen.

Wir haben beim SVD Schwereinsätze gefahren. Wir haben teilweise die Polizei entlastet an den Plätzen, wo weniger los war, damit die Polizei sich konzentrieren kann. Wir waren aber auch mit dem SVD sozusagen mit allen Kräften, mit der ganzen Schicht, die wir haben am Wochenende, z. B. am Kleinen Schlossplatz oder am Feuersee unterwegs. Und wir haben erstmals einen privaten Sicherheitsdienst beauftragt, der mit 20 Kräften vor Ort war. Damit haben wir relativ gute Erfahrungen gemacht, weil Uniformen bei vielen so ein Aber auslösen. Die privaten Sicherheitsdienstler, schwarz eingekleidet, sind vor allem dauerhaft vor Ort, am Feuersee habe ich mir das auch selber mehrfach angeschaut, d. h. sprechen die Leute an, die gehen dann eine Runde und

kommen nach einer Viertelstunde wieder. Die Polizei oder auch der SVD, sprechen an, ermahnen, kommen dann aber am gleichen Abend vielleicht noch einmal wieder. Also diese Präsenz vor Ort im Sinne eines Parkwächters, einer Ordnungskraft vor Ort, hat durchaus Früchte getragen.

Ich will insgesamt die Dinge kurz noch mal aus unserer Sicht bewerten. Bitte wieder zu sehen im Gesamtpaket der Maßnahmen, nicht nur das Verweilverbot alleine. Da war es für uns eine leider notwendige, aber erfolgreiche Maßnahme. Vor allem am Feuersee hat man relativ schnell eine deutliche Beruhigung hinbekommen. Das war für mich wie gesagt der schlimmste Ort war, da die Anwohner direkt betroffen waren.

Am Max-Eyth-See, da war es wirklich eine harte Maßnahme, ein Verweilverbot ab 20:00 Uhr mit Beleuchtung und starken Polizeikräften sowie Kräften des SVD, war das Ergebnis selbstverständlich erfolgreich, weil niemand mehr auf den Platz kommen konnte.

An der Freitreppe war es diese feinziselierte Maßnahme, diese Tribünensituation zu beseitigen. Der Marienplatz hat uns die meisten Sorgen gemacht, weil der nach wie vor stark besucht war. Aber wir haben eine geringere Besucherzahl erreicht, wir haben weniger alkoholbedingte Exzesse erreicht, eine geringere Vermüllung und, wiederum für die Anwohner wichtig, weniger Lärm, weniger Ordnungsstörungen, weniger Straftaten. Das waren hauptsächlich Sachbeschädigungen, teilweise aber auch Körperverletzungen, auch teilweise zulasten der Anwohner, die da rausgegangen sind, um die Leute anzusprechen, und dann bedroht oder beleidigt oder auch weggeschubst wurden.

Aus unserer Sicht ist es gelungen, die Plätze eher wieder ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung zuzuführen. Wichtig ist, dass wir uns immer eng abgestimmt haben mit den Bezirksvorstehern, die beteiligt waren, und ebenfalls positive Rückmeldungen erhalten haben.

Diese getroffenen Maßnahmen stehen zunächst mal auf dem Papier. Sie sind aber die Grundlage für die Vollzugskräfte draußen, besser einschreiten zu können. Wenn ein Verbot erlassen ist, dann kann der Polizist oder Vollzugsdienstler direkt einschreiten, jemanden wegschicken, während wenn es das nicht gibt, muss er zunächst mal einen Platzverweis erteilen und das dann sozusagen einzeln abarbeiten.

Wichtig ist mir noch der Hinweis, dass wir nicht ganz alleine stehen. Wir hatten z. B. mit der Stadt Heidelberg einen relativ intensiven Austausch. In Heidelberg gab es mit den Neckarwiesen ein großes Problem, da dort ebenfalls überbordend viele Leute gefeiert haben. In Düsseldorf ist sozusagen der Begriff des Verweilverbots für die dortigen Rheinauen erfunden worden. Sogar in Berlin wurden der Treptower Park und der James-Simon-Park in Mitte gesperrt. Vielen Dank."

Von BM Dr. Maier wird davon ausgegangen, dass die Vielzahl der Maßnahmen beruhigend gewirkt hat, ohne das Feiern in der Stadt zu unterbinden. Aus Sicht der Verwaltung seien die Maßnahmen erfolgreich gewesen.

Die Fraktionen, die sich an der Aussprache beteiligen, bedanken sich für die heutige Berichterstattung.

Grundsätzlich gibt StR Roth (90/GRÜNE) zu bedenken, nach den Erfahrungen im ersten Coronajahr 2020 sei es absehbar gewesen, dass nach Ende des Lockdowns Jugendliche "wieder auf die Straßen strömen". Nach monatelangen Einschränkungen, in denen diese ihre Jugend nicht hätten ausleben können, sei dies auch ihr gutes Recht.

Für seine Fraktion führt StR Dr. Reiners (CDU) aus, gewollt werde eine saubere, sichere, lebenswerte und lebenswerte Stadt für Jung und Alt. Der Verwaltung werde für ihr gutes, abgestimmtes Vorgehen gedankt. Ein Verweilverbot könne nur das letzte Mittel sein, und angesichts der Situation sei dies zumutbar und verhältnismäßig gewesen.

Nach wie vor ergibt sich für StR Körner (SPD) eine schwierige Situation. Viele junge Menschen hätten in der Coronazeit sehr massive Einschränkungen ihres Lebens hinnehmen müssen. Dadurch hätten sie zum Schutz der Gemeinschaft beigetragen. Das Bedürfnis, sich wieder frei im öffentlichen Raum bewegen zu können, sei verständlich. Gleichzeitig hätten sich jedoch Situationen ergeben, die für Anwohner nicht mehr tragbar gewesen seien. Die SPD-Gemeinderatsfraktion habe von der Bezirksvorsteherin Mitte und den Bezirksvorstehern Süd und West zur Vorgehensweise der Verwaltung/der Polizei jeweils positive Mitteilungen erhalten. Es gehöre gewürdigt, dass sich die Verwaltung um eine sehr differenzierte Antwort bemüht habe.

Laut StR Rockenbauch (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) können aus den gemachten Erfahrungen für die Zukunft wichtige Vorbereitungen abgeleitet werden. Für ihn hat sich gegenüber dem Zeitraum Ende der 80er-Jahre und Anfang der 90er-Jahre beim Auftreten der Polizei (heute mit Schutzausrüstung) und bei der Bezeichnung von Jugendlichen aus dem Umland (Einwohner müssen sich vor diesen schützen) ein Wandel ergeben. Zu der von ihm gestellten Frage, ob dieser Prozess weiterlaufen soll, spricht er davon, dass zu Beginn der zur Beratung stehenden Thematik die Sperrung der Freitreppe am Kleinen Schlossplatz sowie Alkoholverbote standen. Am Ende der in Gang gesetzten Repressionsspirale mit immer größeren Polizeieinsätzen habe die Verwaltung dann die Platzsperrungen ausgesprochen. Diese hätten keine kleinen Einschränkungen des öffentlichen Lebens dargestellt, und solche Maßnahmen würden nicht dem Gefühl entsprechen, welches zu einer Großstadt gehöre. An dieser Stelle erklärt er "Einwohnerinnen/Einwohnern muss gesagt werden, sie wohnen eben nicht auf dem Dorf". Er könne manche Beschwerde nicht verstehen, auch wenn es ab einem gewissen Maß ein Schutzbedürfnis gebe. Ihm gehe es darum, im Voraus zu überlegen, wie solchen Situationen ohne Hochrüsten von Verboten, Überwachungen und Polizeieinsätzen begegnet werden könne. Die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) müsse sich den Respekt der Jugendlichen verdienen, indem ihnen Zukunftschancen und Teilhabemöglichkeiten angeboten sowie Möglichkeiten, Verantwortung zu erlernen, offeriert werden.

Von StRin Yüksel (FDP) wird mitgeteilt, die Thematik habe ihre Fraktion sehr beschäftigt. Die Interessen der Anwohnerschaft könnten nachvollzogen werden. Sie selbst wohne am Feuersee und habe somit erlebt, dass beispielsweise bis in die frühen Morgenstunden gefeiert worden sei. Morgens habe sich dann ein für einen öffentlichen Platz unerträgliches Bild geboten. Sicherlich, und damit wendet sie sich an StR Rockenbauch, dürfe man nicht, wenn man mitten in einer Großstadt wohne, die "Stille eines Dorfes" erwarten, aber Ruhestörungen bis in die frühen Morgenstunden müssten

seitens der Anwohner nicht hingenommen werden. Feiernde junge Menschen müssten Vorschriften einhalten. Dessen ungeachtet sehe die FDP-Gemeinderatsfraktion Verweilverbote durchaus kritisch, da davon zum einen auch Nichtstörer betroffen seien, und zum anderen werde davon ausgegangen, dass solche Verweilverbote zur Verlagerung auf andere Plätze in der Stadt führten (z. B. Richtung Karlshöhe). Sie geht weiter davon aus, dass eine Situationsberuhigung nicht nur eine Folge der Verweilverbote ist, sondern dass diese jahreszeitlich bedingt ist und dass die jungen Menschen wieder in Clubs oder in anderen geschlossenen Räumen feiern können.

Laut StRin Schumann (PULS) wurden Verbote relativ schnell ausgesprochen. Diese seien wohl perspektivisch weiterhin eine Option. Verbote sollten allerdings aus pädagogischer Perspektive die letzte Stufe sein. Einerseits werde gewollt, dass sich junge Menschen mehr bewegten und nicht ausschließlich "hinter ihren Bildschirmen hängen", gleichzeitig werde wohl nicht gewünscht, dass diese sichtbar, spürbar und hörbar seien. Ihres Erachtens gibt es an vielen öffentlichen Plätzen zu wenig Müllbehälter. Angeführt werden von ihr dabei der Marienplatz und der Schlossplatz. Weiter stellt sie die Frage, ob nicht eine Reduzierung von Kfz-Stellplätzen dazu beitragen kann, von auswärts anreisende Personen fernzuhalten. Anreisen mit Zügen würden viele Jugendliche als unattraktiv empfinden.

Für StRin von Stein (FW) ist bezogen auf Lärmbelästigungen die bestehende Gesetzgebung wichtig. Diese beende im Normalfall Gartenpartys um 22:00 Uhr. Und diese Gesetzgebung sei nicht willkürlich, sondern diene dem Gesundheitsschutz. Zum Leben in einer Großstadt gehörten Rücksichtnahme und das Orientieren an Regeln. Selbst bei Großveranstaltungen wie dem Cannstatter Wasen gebe es eindeutige Vorschriften, wie lange gefeiert werden kann. Daran hielten sich auch andere Veranstaltungen, wie Narrentreffen in Cannstatt, und von jungen Menschen könne dies ebenfalls erwartet werden. Zum May-Eyth-See thematisiert sie wie StR Dr. Reiners den Natur- und Artenschutz.

Davon, dass die Verwaltung sich nicht genügend um **Alternativflächen** gekümmert hat, spricht StR Roth. Schon im November 2020 habe seine Fraktion in einem Antrag verschiedene Flächen aufgelistet. Das Club Kollektiv, für dessen Engagement er sich bedankt, habe erst im September auf eine Fläche des Eiermann-Campus gehen können; der Lockdown sei bereits im Mai ausgelaufen. Die Überprüfung des Kleinen Schlossplatzes habe sich zu lange hingezogen. Das dort realisierte Genussplätzle habe angesichts des Ausfalls des Weindorfs sicherlich seine Berechtigung, aber dieses entspreche keinesfalls dem jugendgerechten Angebot des Pop-Büros (Breakdance etc.). Mit Blick auf das nächste Jahr fährt er fort, Trend sei, dass sich die Stadtgesellschaft den öffentlichen Raum intensiver aneigne. Dieses gelte es zunächst grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig gebe es Anwohnende. Der Lärmpegel am Feuersee sei teilweise sehr laut gewesen, und darauf müsse mit dem Angebot von Ausweichstandorten reagiert werden. Dies sei die große Aufgabe der Stadt in den nächsten Jahren. Einen darauf abzielenden Antrag habe seine Fraktion zu den Doppelhaushaltsberatungen gestellt.

Zutreffend ist für StR Dr. Reiners, dass Jugendliche Räume benötigen. Danach müsse die Stadt schauen, aber Jugendliche müssten in einem angemessenen Maß Verantwortung übernehmen, auch für den öffentlichen Raum. Die Ereignisse hätten ihn zum Teil schockiert. Die Nachfrage nach Ersatzflächen wird ebenfalls von StR Rockenbauch gestellt.

Dazu unterstreicht der Vorsitzende, Flächen, bei denen es keine Nutzungskonflikte gebe, seien rar. Die Verwaltung habe natürlich schon diesbezügliche Überlegungen angestellt. Für die Verwaltung sei es allerdings problematisch, solche Flächen zu benennen, da sie dann in die Rolle eines Veranstalters einschließlich Haftung gerate. Coronabedingt habe man ohnehin über eine lange Zeit des Sommers solche Ansammlungen nicht gezielt fördern können. Vielmehr habe die Verwaltung darauf hinwirken müssen, dass solche Ansammlungen nicht stattfinden. In Zukunft werde es ab einer bestimmten Menge von jungen Menschen weiterhin nicht einfach sein, insbesondere dann, wenn diese alkoholisiert seien, die Sicherheit zu gewährleisten. Der Ansatz, Alternativflächen zu suchen, sei richtig, aber in der Praxis lasse sich dieser nicht einfach umsetzen, da polizeiliche Zugriffe bei Straftaten, auch bei größeren Ansammlungen, immer möglich sein müssten.

Angesichts der vielen auch aus dem weiteren **Umland** von Stuttgart **kommenden Personen** war es für StR Dr. Reiners notwendig, dass die Stadt ein Zeichen setzt "hier ist kein Platz zum Abfeiern".

Nach Auffassung von StRin Schumann ist das Verdrängen von zentralen Plätzen in Naturschutzgebiete wie das Max-Eyth-See-Areal kontraproduktiv.

Gegenüber StRin Yüksel, die Verlagerungseffekte nachgefragt hat, spricht BM Dr. Maier von einer Zerstreung der jungen Menschen. Die verdrängten Personen gingen nicht gemeinsam zu einem anderen Ort. Dass es aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen an anderen Stellen der Stadt zu größeren Problemen gekommen sei, habe nicht festgestellt werden können. Zudem habe sich ein Stück weit ein Abschreckungseffekt gegenüber von auswärts kommenden Personen ergeben. In der Summe hätten sich so weniger Menschen in der Stadt aufgehalten. Das Wetter und die Wiedereröffnung der Clubs hätten sich ebenfalls positiv ausgewirkt.

Zu der Wortmeldung von StRin Schumann fährt der Ordnungsbürgermeister fort, zwischen den Verweilverböten am Max-Eyth-See, diese seien erst vor Kurzem erfolgt, und den Verweilverböten vor der Sommerpause gebe es keinen zeitlichen Zusammenhang. Als die Verweilverböte am Max-Eyth-See ausgesprochen worden seien, sei u. a. der dortige Park-and-Ride-Parkplatz gesperrt worden. Dies habe sich bewährt.

Von StR Körner wird angemerkt, das Amt für öffentliche Ordnung (AföO) habe den beauftragten **privaten Sicherheitsdienst** als hilfreich empfunden, da dessen Personal permanent Präsenz gezeigt habe. Seine Fraktion gehe jedoch davon aus, dass die abzudeckenden Aufgaben von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden müssten.

Dieses Ratsmitglied stellt die Frage, wie zukünftig die **Zusammenarbeit zwischen SVD und der Polizei** aussehen soll. Er begrüßt dabei außerordentlich den geplanten Ausbau des SVD um 33,5 Stellen, wobei er allerdings ein Konzept dazu vermisst, und entsprechend äußert sich StRin Schumann, wie die von der Verwaltung vorgeschlagenen **Sachmittel** in Höhe von 1 Mio. € eingesetzt werden sollen. Deutlich macht der Vorsitzende, die geplanten neuen Stellen werden nicht nur in den Sommermonaten abends an Wochenenden in der Innenstadt präsent sein, sondern viele Aufgaben, auch in den äußeren Stadtbezirken, gehörten intensiver wahrgenommen als bislang. Mit den neuen Stellen werde es beispielsweise weiterhin nicht möglich sein, dauerhaft auf dem Marienplatz und am Feuersee jeweils 5 Personen vorzuhalten. Dies bedeute, zukünftig müsse im Einzelfall bei Bedarf weiterhin auf private Sicherheitsunternehmen zurückge-

griffen werden. Dabei räumt der Bürgermeister ein, dass es sich eigentlich schon um eine öffentliche Aufgabe handelt. Zu den Sachmitteln weist er auf Kosten für Sicherheitsdienste, Toiletten und Müllbeseitigung hin. Auszugehen sei davon, dass ein erheblicher Teil der angesprochenen Sachmittel im nächsten Jahr dafür aufgewendet werden müsse.

Bislang ende der Dienst des SVD laut Dienstvereinbarungen und Arbeitsverträgen um 22:30 Uhr. Dann übernehme die Polizei. Er hoffe, dass es gemeinsam mit der Personalvertretung gelinge, zukünftig einen Weg zu finden, der es dem SVD erlaube, länger präsent zu sein. Natürlich weise der SVD eine andere Zielsetzung als die Polizei auf; im Übrigen hätten die Polizeibeamten "einen sehr guten Job gemacht". Während der SVD mehr auf Dinge wie die Sauberkeit in der Stadt achte, fokussiere sich die Polizei auf Straftaten. An StR Rockenbauch gewandt berichtet er weiter, es sei nicht so, dass Hundertschaften der Polizei in Vollmontur "durch die Straßen ziehen und Schrecken verbreiten". Im Gegenteil, die Polizei habe mit ihrem Modell "Kommunikationsteam" einen sehr guten und erfolgreichen Ansatz im vergangenen Sommer gewählt. Dabei hätten normal uniformierte Polizistinnen/Polizisten mit gelben Westen die jungen Menschen angesprochen. Dieses Modell habe sich bewährt. Damit sei es gelungen, Kontakte aufzubauen und vieles aufzufangen, was in der Coronazeit vielleicht zwischen der Polizei und den jungen Menschen zu Bruch gegangen sei. Dadurch, dass Vertrauen wiederhergestellt wurde, sei auch in der Stadt eine Deeskalation eingetreten.

Die von StR Rockenbauch angesprochenen **Alkoholverbote** habe die Verwaltung im Rahmen der Umsetzung der Coronaverordnungen aussprechen müssen, und die Polizei sei gezwungen gewesen, diese Verbote umzusetzen.

Vermisst wird von StR Körner im Namen seiner Fraktion, dass im Gegensatz zum repressiven Ansatz (Ausbau des SVD) der Etatentwurf der Verwaltung keinen **präventiven Ansatz**, wie beispielsweise über das Strukturmodell "Integrierte Jugendarbeit Innenstadt", aufweist. Beide Ansätze seien notwendig. Der Vorschlag des Referats JB zur Integrierten Jugendarbeit Innenstadt, der unter Einbeziehung vieler Seiten entstanden sei, werde begrüßt und durch einen Antrag unterstützt. Zu präventiven Ansätzen äußert sich StR Rockenbauch entsprechend. Angesichts des im Etatentwurf für den SVD vorgesehenen Stellenaufwuchs bestehe zur Mobilen Jugendarbeit keine Verhältnismäßigkeit mehr. Die Prioritäten des Maßnahmenmixes müssten zugunsten "weicher Maßnahmen" verändert werden. Wenn also der Marienplatz vermüllt sei, müsse dieser einfach häufiger gereinigt werden, und dafür müssten dann beim AWS Stellen geschaffen werden. Bei Defiziten bei öffentlichen Toilettenanlagen gelte Entsprechendes.

Da nicht bekannt ist, wie sich die Situation im nächsten Frühjahr und Sommer darstellt, und sich der öffentliche Raum ihrer Einschätzung nach unabhängig von der Pandemielage immer mehr zum Treffpunkt entwickelt, hebt StRin Yükse die Bedeutung von präventiven Ansätzen wie Hinweisen, wo öffentlich gefeiert werden kann, hervor. Grundsätzlich werde es positiv bewertet, dass die Verwaltung mit der Mobilen Jugendarbeit und mit den Respektlotsen unterwegs gewesen sei. Zu hoffen sei, dass die von den Respektlotsen verteilten Mülltüten bei manchen Jugendlichen zum Nachdenken über das eigene Verhalten geführt haben. Auch das von ihrer Fraktion geforderte Aufstellen von Toiletten werde begrüßt. Insgesamt gehörten kreativere Ansätze verfolgt (z. B. beleuchtete Hinweistafeln).

Für StRin Schumann sind Mobile Jugendarbeit und diverse andere Projekte aufgrund ihrer Konstruktivität bessere Lösungen, als junge Menschen von Plätzen zu verdrängen. Mehr Sicherheitspersonal hat für sie eher den Charakter von mehr Kontrolle, mehr Verboten und mehr Strafen. Mit freiheitlicher Kultur und Jugendförderung habe dies nicht mehr viel zu tun.

Im Verlauf der Aussprache schildert StRin von Stein, sie habe am 27.03.2021 die Mobile Jugendarbeit in der Innenstadt begleitet. Die Polizei, die stark vertreten gewesen sei, habe sich am Rande aufgehalten, und sie habe nur in wenigen Fällen kurz eingegriffen. Alkohol sei konsumiert worden, aber solange die jungen Menschen nicht auffällig geworden seien, habe die Polizei mit Augenmaß gehandelt.

Laut BM Dr. Maier wird derzeit begonnen, dass sich alle Beteiligten zusammensetzen, um für das nächste Jahr die notwendigen Planungen zu besprechen. Dabei erfolgten Überlegungen darüber, wo, wann welche Veranstaltungen stattfinden, und wo sich dann die jungen Menschen aufhalten, wie kann dann die Mobile Jugendarbeit vor Ort gebracht werden, was wird eventuell zusätzlich an Bespielung benötigt, und wie kann am folgenden Tag die Reinigung sichergestellt werden. Um im nächsten Jahr handlungsfähig zu sein, würden also die präventiven Ansätze über den Winter ausgearbeitet. Dass es bislang Abstimmungsdefizite gegeben hat, wird von ihm eingeräumt. Zur Umsetzung einer Gesamtkonzeption würden zusätzliche Mittel benötigt. Erst die angesprochenen Sachmittel erlaubten es, einen ganzheitlichen präventiven Ansatz für die Innenstadt auszuarbeiten. Um nicht nur repressiv, sondern auch präventiv durch Angebote agieren zu können, sei zu hoffen, dass der Gemeinderat diese Sachmittel bereitstellt.

Gegen Ende der Aussprache wird von StR Kotz (CDU) mit Nachdruck erklärt, er sei fest davon überzeugt, dass das Zusammenleben von Menschen, egal wo, nur funktioniert, wenn es Regeln gebe und diese befolgt würden. Gegenüber StR Rockenbauch geht er davon aus, dass die Polizei ihren Ermessensspielraum nicht enger auslege, als in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren. In der Coronazeit habe es keine verschärften Regeln für den öffentlichen Raum gegeben. Die Jugendlichen hätten sich nach den üblichen, seit Jahrzehnten bestehenden Regeln überall aufhalten können. Es könne doch aber nicht sein, dass Flaschen und Pizzakartons einfach weggeworfen und nicht neben (vollen) Mülleimern abgelegt werden. Die Schutzausrüstung der Polizei zu kritisieren, bezeichnet er als Verzerrung von Ursache und Wirkung. Wenn in der Krawallnacht die Polizei nicht über diese Ausrüstung verfügt hätte, hätte es wohl zahlreiche Schwerverletzte gegeben. Wenn man nicht akzeptiere, dass die Polizei für Ordnung und Sicherheit Sorge, und im Gegenteil gegen die Polizei mit körperlicher Gewalt vorgehe, "läuft in diesem Staat etwas aus dem Ruder, was nie mehr eingefangen werden kann". Zu der Annahme von StR Rockenbauch, dass beim SVD weit mehr Stellen als in der Vergangenheit im Sozialbereich geschaffen wurden, verweist StR Kotz auf die Stellenschaffung für Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe und Mobile Jugendarbeit in früheren Etatberatungen. Er vermutet, dass diese Stellenschaffungen, die nun für den SVD vorgesehenen neuen Stellen um den Faktor 5 bis 10 übertreffen.

Einigkeit sieht StR Rockenbauch darin, dass die Politik einen Weg finden muss, wie mit Fehlverhalten umzugehen ist. Ein Teil des Rates plädiere hier dafür, notfalls Ordnung mit Zwang und Gewalt durchzusetzen, während er es als zielführender ansehe, Ursachen für Alkohol-/Drogenprobleme, die zu Fehlverhalten führten, anzugehen. Der Aufwand, um Brüche in Biografien zu vermeiden, sei natürlich um ein Vielfaches höher. Notwendig sei dafür eine ernsthafte und ursachenorientierte Politik. Früher habe es

ebenfalls Fehlverhalten gegeben, früher sei vielleicht aber anders, manchmal schlechter, manchmal besser darauf reagiert worden. Mit der fehlerhaften politischen Analyse von StR Kotz könnten die bestehenden Probleme nicht dauerhaft gelöst werden. Vielmehr würden darunter die Qualität, die Freizügigkeit von öffentlichen Räumen sowie die Liberalität in Stuttgart leiden.

Nach der These von BM Dr. Maier, dass langfristige Ursachenforschung kurzfristige Maßnahmen nicht ersetzt, bittet StRin Schumann um regelmäßige Berichterstattung über den Stand des angekündigten Präventionskonzepts. Zwischenrufe von StR Kotz kritisiert sie, und sie bittet die Sitzungsleitung, zukünftig dem Einhalt zu gebieten.

Nachdem er die gewünschte Berichterstattung zugesagt hat, schließt BM Dr. Maier diesen Tagesordnungspunkt ab.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung
SOS/KKP

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat JB
Jugendamt (2)
 6. Referat SI
Sozialamt (2)
 7. Referat T
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
AWS (2)
 8. BVin Mitte, Nord, Ost,
BV Süd, West
 9. BezA Mühlhausen
 10. GPR (2)
 11. Rechnungsprüfungsamt
 12. L/OB-K
 13. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion